

DUNKELZIFFER UNBEKANNT

Rassismus und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf
Frühjahr 2016





IMPRESSUM

»Dunkelziffer unbekannt«
Herausgegeben vom AK Rechte Gewalt,
Antirassistische Registerstelle,
ASTA Alice-Salomon-Hochschule
Mai 2016
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin
arreg@ash-berlin.eu
V.i.S.d.P.:
Y. Gagarin, Allee der Kosmonauten 3, 10315 Berlin

Die Verteiler*innen des Heftes sind nicht mit den Macher*innen identisch. Wir verwenden die geschlechtsneutrale Form »*innen«, um neben dem männlichen und weiblichen Geschlecht auch Transgendern und Anderen Rechnung zu tragen.

Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Editorial



© PM Cheung
Antifaschistische Demonstration S-Bahnhof Marzahn 08.12.2014
facebook.com/pm.cheung.photography

Die Situation in Marzahn-Hellersdorf ist seit Jahren geprägt von erschreckend erfolgreichen rassistischen Mobilisierungen und Angriffen, vor allem auf Menschen die als Asylsuchende im Bezirk leben müssen. Im Jahr 2015 steigerte sich die Zahl von Angriffen und Vorfällen noch einmal massiv. Das Bündnis von rassistischen Anwohner*innen und Neonazis, die sich als »besorgte Bürger« ausgeben, war mit wöchentlichen Aufmärschen und ständiger Agitation gegen Geflüchtete (bzw. jene, die für solche gehalten werden) sehr präsent. So ist ein krasser Anstieg der dokumentierten Vorfälle in der Chronik des Berliner Registers zu verzeichnen.

Register können jedoch kein vollständiges Bild zeichnen, sondern sind nur Ausdruck davon, wo die Zivilgesellschaft hinschaut. Da gerade bei Geflüchteten die Hemmschwelle zur Polizei zu gehen, um Übergriffe anzuzeigen, sehr hoch ist, bleiben viele Übergriffe außerhalb des Sichtfeldes der Mehrheitsgesellschaft. Die tatsächliche Zahl der Vorfälle ist wahrscheinlich sehr viel höher – Dunkelziffer unbekannt.

Dies spiegelt die bundesweite Entwicklung wieder, bei der rassistische und rechte Gewalt gegen Geflüchtete mit hunderten Brandanschlägen und Angriffen dramatisch eskaliert.

Die Opferberatungsstelle ReachOut stellt in der Jahresauswertung 2015 fest: »Am gravierendsten ist jedoch die Lage in Marzahn-Hellersdorf, wo die Zahl an Angriffen und Bedrohungen wesentlich höher ist als in anderen Ostberliner Randbezirken.«¹

Das deutsche Asylsystem diskriminiert geflüchtete Menschen massiv, indem sie gezwungen werden in miserablen Bedingungen zu leben. Die Unterbringung in Massenunterkünften am Rande der Stadt ist Ausdruck der strukturell rassistischen Stimmung, die Geflüchteten Teilhabe und Gleichberechtigung verwehrt.

Mit dieser Broschüre möchten wir die öffentliche Debatte über rassistische Gewalt voran treiben und Menschen dafür sensibilisieren, was in ihrem Umfeld tagtäglich passiert.

Neben einer Auswertung der Registervorfälle des letzten Jahres finden sich Beiträge zu den Themen Rassismus, rechte Strategien und zivilgesellschaftliche Strukturen dagegen sowie ein Interview mit zwei Bewohner*innen einer Notunterkunft für Geflüchtete in Marzahn.

Wir bedanken uns herzlich bei allen Unterstützer*innen und insbesondere bei den Autor*innen der Artikel, sowie den Interviewpartner*innen!

*AK Rechte Gewalt, AStA und Antirassistische Registerstelle
Alice-Salomon-Hochschule
Mai 2016*

¹ _Gemeinsame Pressemitteilung
der Berliner Register und der
Opferberatungsstelle ReachOut
für das Jahr 2015, 8.März 2016

Das folgende Interview fand im März 2016 als Gespräch zwischen zwei Menschen, die im Kiez gegen Rassismus aktiv sind und zwei Bewohner*innen einer Notunterkunft für Geflüchtete in Marzahn statt. Ziel des Interviews ist es, eine Perspektive Geflüchteter sichtbar zu machen. Denn trotz der erschreckenden Zahlen rassistischer Attacken in Marzahn Hellersdorf auf Asylsuchende und Menschen, die als *nicht Deutsche* gelesen werden, wird den Stimmen derer, die den rechten Bedrohungen täglich ausgesetzt sind von Seiten der Politik keine Relevanz beigemessen. Darüber hinaus spielen auch Heimbetreiber aus Profitgründen die Situation im Kiez herunter, um weiterhin ihr Business as usual durchziehen zu können. Die beiden Interviewpartner*innen Abdul und Nour leben in einer Notunterkunft für Asylsuchende seit Herbst 2015 in Marzahn. Das Interview wurde aus dem Englischen/Arabischen übersetzt. Namen wurden von der Redaktion geändert.

Interview mit zwei Bewohner*innen einer Unterkunft



Könnt ihr beide euch kurz vorstellen?

N: Ich heiße Nour, bin 24 Jahre alt und komme aus Syrien. Ich bin im November 2015 hier in Berlin angekommen.

A: Ich heiße Abdul, bin 27 und komme auch aus Syrien. Ich bin vor fünf Monaten nach Berlin gekommen und lebe seitdem im Heim in Marzahn.

Wie war euer erster Eindruck des Bezirks?

A: Erstmal schien alles ganz normal. Aber dann haben uns andere Bewohner*innen, die schon länger hier waren schon nach wenigen Tagen angefangen zu warnen. Davor, dass es hier viele Nazis gibt, die Geflüchtete angreifen und es ausnutzen, wenn man alleine unterwegs ist und wir deswegen besser nicht alleine unterwegs sein sollten. Das war kurz nach der Ankunft am Anfang und hat viele eingeschüchtert.

N: Ich selbst habe bisher noch keine eigenen Erfahrungen mit Angriffen durch Nazis machen müssen. Aber viele meiner Freunde hier, besonders die Kinder und Jugendlichen, haben mir von Angriffen erzählt. Davon, dass Nazis sie bedroht, eingeschüchtert und sie gejagt haben.

Es ist schlimm hier, die Situation ist sehr schlimm. Ich wurde selbst zwar noch nicht angegriffen, aber trotzdem fühle ich mich hier nie sicher.

*Was passierte nachdem Bewohner*innen von Rassist*innen attackiert wurden – sprechen die Leute mit den Sozialarbeiter*innen im Heim, und wenn ja – was wird von Seiten der Heimleitung gemacht um euch zu unterstützen?*

A: Ein Freund von mir wurde erst kürzlich in Marzahn von Nazis angegriffen. Ich bin dann mit ihm zu den Sozialarbeiter*innen, aber die haben ihm nicht wirklich geholfen und meinten nur, dass wir die Polizei rufen müssen. Unterstützt dabei oder uns sonst irgendwie zur Seite gestanden haben sie nicht.

N: Ich kenne eine Familie, deren Kind von einem erwachsenen Mann aus dem Bezirk angegriffen und verletzt wurde. Der Täter hat sogar noch die Polizei gerufen und behauptet das Kind hätte sein Auto beschädigt, was gelogen war. Die Polizei kam und hat sich alles angehört aber sonst nichts gemacht. Eine Anzeige der Familie wegen Körperverletzung an dem Kind wurde nicht aufgenommen, obwohl die ausdrücklich gesagt haben, dass es ihr Kind war, dass von einem Mann grundlos attackiert wurde.

*Haben die Sozialarbeiter*innen im Heim euch über Organisationen oder Beratungsstellen informiert, die Betroffene von rassistischer Gewalt unterstützen?*

N und A: Nein, nie.

Rufen die Leute bei rassistischen Übergriffen im Bezirk denn teils auch selbst die Polizei?

A: Nein, meistens nicht. Sie trauen sich nicht, weil sie keine Schwierigkeiten mit der Polizei bekommen wollen, selbst wenn sie ja die Betroffenen waren.

»Niemand will hier in Marzahn bleiben.«

Wie haben die vielen Attacken auf Geflüchtete im Bezirk die Atmosphäre im Heim verändert?

N: Niemand will hier in Marzahn bleiben. Niemand fühlt sich hier sicher, vor allem die Familien mit Kindern.

A: Alle Leute im Heim wollen weg, auch ich.

N: Ja, alle wissen, dass Marzahn voll mit Nazis und anderen unfreundlichen Leuten ist, die uns nicht mögen. Deswegen fühlt sich hier niemand zu Hause.

*Fühlt ihr euch vor den Angriffen durch Nazis und Rassist*innen durch die Securities im Heim geschützt?*

A: Ich fühle mich nicht sicherer durch sie, man muss selbst auf sich aufpassen. Deren Arbeit besteht eigentlich nur daraus, die Geflüchteten im Heim zu kontrollieren und sie herum zu kommandieren; 'Tu dies, Lass das'. Aber Schutz bieten sie eigentlich nicht.

N: Ich habe mich mehrfach beschwert über Sicherheitsleute, wenn die sich nicht korrekt verhalten haben. Aber nichts ist passiert, die Heimleitung hat mir nicht geholfen. Und es ist nicht nur einer, es sind mehrere, die immer wieder Probleme machen. Sie denken, dass wir unsere Rechte nicht kennen und tun so, als ob sie im Heim das Sagen haben. De facto können sie ja auch machen was sie wollen, da die Heimleitung und die Sozialarbeiter*innen nicht eingreifen. Nur wenn sie realisieren, dass bestimmte Leute sich nicht so einfach unterkriegen lassen und sich wehren, sind sie vorsichtiger. So sind die meisten, aber ein paar sind auch okay.

Was denkt ihr müsste sich ändern, um die Situation zu verbessern?

N: Es ist wichtig dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsleute nicht die Geflüchteten kontrollieren und herumkommandieren, sondern für ihre Sicherheit sorgen. Außerdem müssen die Geflüchteten Informationen über ihre Rechte bekommen.

A: Die Behörden und Mitarbeiter*innen in den Heimen sollten es ernst nehmen, wenn Geflüchtete sich beschweren und dann tätig werden. Bisher haben wir nicht erlebt, dass Beschwerden irgendwelche Konsequenzen haben.

Und bezüglich der Nazis und der rassistischen Angriffe in Marzahn?

N: Die Politiker*innen müssen endlich ernst nehmen, dass es hier ein großes Problem mit Nazis gibt und aktiv werden! Bisher passiert das nicht, niemanden in der Politik scheint es besonders zu interessieren, was uns hier passiert. Wir sind Menschen, auch wenn wir Geflüchtete sind, sind wir immer noch Menschen.

A: Ich verstehe es einfach nicht, warum so viele Flüchtlingsheime in Marzahn eröffnet wurden. Man wusste ja vorher, dass es hier so viele Nazis gibt und es für die Geflüchteten schlimm wird. Wenn Geflüchtete hier angegriffen werden ist es den meisten Leuten in der Nachbarschaft egal. Wir fragen uns langsam, ob das Teil einer Abschreckungspolitik gegen Geflüchtete ist.

Vielen Dank für das Gespräch!

Die antirassistische Registerstelle

Die Antirassistische Registerstelle an der ASH ist seit Januar 2015 Teil des Netzwerks des Berliner Registers zur Erfassung rechts-extremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin. Sie dokumentiert rassistisch, antisemitisch, LGBTQI*-feindlich¹, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, die sich in Marzahn-Hellersdorf ereignen. Diese Vorfälle werden von Einzelpersonen und Initiativen gemeldet und an die Registerstelle weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und in einer Chronik im Internet veröffentlicht.

¹ Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homosexuelle, transsexuelle und intersexuelle Menschen richten. LBGTIQ steht für Lesbian-Bi-Gay-Trans-Inter-Queer.



25.09.2015 Bürgerpark Marzahn
Ein Kind wird von einem Erwachsenen auf einem
Spielplatz rassistisch beleidigt und angegriffen
© Antirassistische Registerstelle ASH

Was ist das Register?

Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von rechten Vorfällen, sondern auch das Aufzeigen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur strafrechtlich Vorfälle, wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen. Durch die Veröffentlichung der Vorfälle und die aktive Beteiligung vieler unterschiedlicher Menschen am Register wächst das Interesse für die Problematik der Diskriminierung, insbesondere in der eigenen Nachbarschaft. Das Gefühl selbst auch Betroffene sein zu können oder die Betroffenen zu kennen, führt zu mehr Solidarität gegenüber jenen Menschen, die Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren.

Meldungen von Vorfällen

Die Dokumentation der Vorfälle wird veröffentlicht und kann auf der Internetseite der Berliner Register in der Chronik eingesehen werden. Jährlich werden alle Vorfälle pro Bezirk ausgewertet, d.h. es entsteht eine Statistik an welchen Orten bestimmte Formen der Diskriminierung besonders häufig sind oder wo die rechte Szene ihre Aktionsschwerpunkte hat. Diese Ergebnisse der Register vermitteln den unterschiedlichen demokratischen Akteur*innen in den Berliner Bezirken ein detailliertes und aktuelles Bild, auf das sie mit Maßnahmen reagieren können. Wenn beispielsweise in einer Region vermehrt Aufkleber und Schmierereien der rechten Szene auftreten, können Spaziergänge oder Ähnliches zur Entfernung dieser Propaganda organisiert werden.

Register haben Grenzen

Es können in die Chronik und Auswertung immer nur die Fälle einbezogen werden, die die Polizei veröffentlicht oder die den Anlaufstellen bzw. der Opferberatung gemeldet werden. Wenn aus einer Region mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Nachbarschaft liegen und muss nicht zwangsweise auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Die Fallzahlen sind von verschiedenen Faktoren abhängig:

1. von der Einbindung des Registers in lokale Netzwerke, 2. vom Grad der Sensibilisierung dieser Netzwerke für Ausgrenzung und Diskriminierung, 3. von der personellen Ausstattung, Ansprechbarkeit und Glaubwürdigkeit der Koordinierungsstelle eines Registers und 4. von tatsächlich stattfindenden Vorfällen, die zufällig beobachtet werden müssen.

Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen. Bundesweite Studien zeigen weiterhin, dass rechtsextreme Einstellungen keineswegs nur am Rand der Gesellschaft existieren, sondern, dass sie von ca. 15 Prozent der Gesellschaft vertreten werden.

Von einer Dunkelziffer an Vorfällen ist daher auszugehen.

»Von einer Dunkelziffer an Vorfällen ist daher auszugehen.«

Antirassistische Registerstelle an der Alice-Salomon-Hochschule

Die Alice Salomon Hochschule positioniert und engagiert sich gegen Rassismus, Antisemitismus und andere Formen der Diskriminierung. Das ändert aber nichts daran, dass auch die Hochschule kein widerspruchsfreier Raum ist, sondern auch hier kommt es zu Diskriminierungen und Anfeindungen. Im Umfeld der Hochschule kommt es immer wieder zu diskriminierenden Beleidigungen und rechter Propaganda.

Im Herbst 2013 wurde deshalb eine Registerstelle an der ASH eingerichtet, wo jede*r Vorkommnisse – aus der Hochschule oder auch aus dem Bezirk Marzahn-Hellersdorf – melden kann.

Wie kann ich mich am Register beteiligen?

Das Register funktioniert nur mit Eurer Hilfe: Wir möchten alle Adressat*innen, Betroffene und Zeug*innen von rassistischen, antisemitischen, LBGTIQ*-feindlichen, rechtsextremen oder anderen diskriminierend motivierten Vorfällen ermutigen, diese zu melden. Das können extrem rechte Aufkleber sein, ein antiziganistischer Spruch an der Supermarktkasse oder eine homophobe Bemerkung in der Lehrveranstaltung. Die Vorfälle werden – auch anonym – aufgenommen und mit Zustimmung der Betroffenen in der Chronik der Berliner Register eingetragen und veröffentlicht. Auch alle anderen Situationen, in denen es zu diskriminierenden Handlungen oder Äußerungen kommt, sollen gemeldet werden. Falls gewünscht werden wir zu Beratungs- und Anlaufstellen vermitteln, die sich mit Betroffenen von Diskriminierung und damit verbundener Gewalt beschäftigen.

¹ <http://berliner-register.de/chronik/marzahn-hellersdorf>

Jahresrückblick der Registerstelle 2015



Rassistischer Aufkleber am Bauzaun der Containerunterkunft
Blumberger Damm © Antirassistische Registerstelle ASH

Im Bezirk Marzahn-Hellerdorf wurden 2015 insgesamt 298 rechtsextreme, rassistische, antisemitische, LBGTIQ*-feindliche und diskriminierende Vorfälle dokumentiert. Damit hat sich die Zahl zum Vorjahr mehr als verdreifacht (Vergleich zu 2014: 84 Vorfälle).

Die Welle rassistischer Demonstrationen und gewalttätiger Aktionen gegen Geflüchtete und Asylunterkünfte in Marzahn seit Herbst 2014 hielt in der ersten Jahreshälfte 2015 an. Rassismus, der sich dabei in erster Linie gegen Geflüchtete richtete, war dabei mit 175 dokumentierten Vorfällen das Hauptmotiv.



Ort der Vorfälle

Bei der lokalen Verteilung der gemeldeten Vorfälle zeichnen sich hinsichtlich der neun Ortsteile des Bezirks (Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost, Hellersdorf-Süd, Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf) gewisse Tendenzen ab.

Der Ortsteil Marzahn-Mitte sticht mit 191 Vorfällen (2014: 16) stark heraus. Ende 2014 begann hier eine massive Mobilisierung der »Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf« (im Folgenden Bürgerbewegung M-H) gegen geplante Asylunterkünfte in Marzahn-Mitte. Zu Beginn des Jahres fanden diese Aufmärsche der »Bürgerbewegung M-H« wöchentlich mit teilweise mehreren hundert Teilnehmer*innen statt. Im weiteren Verlauf des Jahres gab es immer wieder kleinere Kundgebungen. Dabei trat neben der »Bürgerbewegung M-H« auch die NPD stark auf.

Eine Vielzahl an Angriffen ereigneten sich in Marzahn-Mitte. Diese waren oft rassistisch motiviert und richteten sich gegen Geflüchtete. Die hohe Dichte an organisierten Neonazis in diesem Ortsteil steht in direktem Zusammenhang mit der hohen Zahl an Propagandadelikten, wie rassistischen Schmierereien, Aufklebern und Ähnlichem.

Im Ortsteil Marzahn-Süd wurden 13 Vorfälle gezählt (2014: keine), in Marzahn-Nord waren es weniger Vorfälle (2015: zehn; 2014: ein Vorfall).

In Hellersdorf-Nord wurden 33 Vorfälle (2014: 25) gezählt, wobei hier vor allem die hohe Zahl von zehn Angriffen auffällig ist. Im Ortsteil Hellersdorf-Ost waren es 15 Vorfälle (2014: 26), darunter sechs Angriffe. In Hellersdorf-Süd wurden fünf Vorfälle (2014: fünf) gezählt.

In den sogenannten »Siedlungsgebieten« des Bezirks wurden vergleichsweise wenig Vorfälle gezählt: in Mahlsdorf 2 Vorfälle (2014: 2), in Kaulsdorf vier (2014: ein Vorfall) und in Biesdorf sieben (2014: keine).

Hinzu kommen 19 Vorfälle, bei denen keine Angaben zum Ort gemacht werden konnten. Dabei ist entweder der genaue Tatort unbekannt oder es handelt sich um Propagandadelikte, Beleidigungen oder Bedrohungen im Internet.

Treffpunkte

Auch im Jahr 2015 konnten keine neonazistischen Szenelokale oder Treffpunkte dokumentiert werden. Abgesehen von der rechtspopulistischen Partei »Pro Deutschland« verfügt keine Gruppierung über einen festen Sitz im Bezirk. Eine Kneipe an der Hellersdorfer Straße, direkt am U-Bahnhof Cottbusser Platz, dient bereits mindestens seit 2013 als regelmäßiger Treffpunkt von lokalen Neonazis. Jedoch fanden dort keine politischen Veranstaltungen statt, vielmehr handelt es sich um einen in der Szene beliebten, aber informellen Treffpunkt.

Motiv der Vorfälle

Analysiert man die Vorfälle hinsichtlich ihrer Motive, so ist Rassismus führend mit 175 Vorfällen (2014: 40) im gesamten Bezirk. Hierbei standen Anfeindungen und Angriffe gegen Geflüchtete und deren Unterkünfte im Vordergrund.

Es gab zwei dokumentierte Brandanschläge auf Asylunterkünfte, bei denen glücklicherweise niemand verletzt wurde. Vielfach versuchten Täter*innen in Unterkünfte einzudringen oder bewarfen diese mit Gegenständen, sodass Bewohner*innen oder Wachschutzpersonal verletzt wurden. Die rechten Veranstaltungen hatten fast ausnahmslos Geflüchtete und Einwanderung als Thema.

Ein weiteres häufiges Motiv der Vorfälle war die Feindschaft gegen politische Gegner*innen (2015: 58, 2014: 15). Davon betroffen waren Antifaschist*innen, ehrenamtliche Helfer*innen von Geflüchteten und Pressevertreter*innen. Aber auch Politiker*innen waren Ziel von Bedrohungen, darunter Bezirkspolitiker*innen und eine Abgeordnete des Bundestags, die wiederholt massiv bedroht wurden. Sie wurden im Internet diffamiert, beleidigt, bedroht sowie Fotos und Details über ihr Privatleben mit Aufrufen zu Gewalt veröffentlicht.

In der Kategorie rechte Selbstdarstellung (2015: 40; 2014: 14) werden Vorfälle wie z.B. Infostände von Gruppen oder Parteien gefasst, die der Eigenwerbung dienen. In der Kategorie Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus waren es 14 Vorfälle (2014: fünf), Antisemitismus sechs (2014: vier). In der Kategorie LGBTIQ* Feindlichkeit wurde ein Vorfall dokumentiert (2014: ein Vorfall). Bei vier Vorfällen war keine eindeutige Zuordnung möglich.

Art der Vorfälle

Ein großer Teil der Vorfälle waren Veranstaltungen wie Demonstrationen, Kundgebungen oder Infostände (2015: 83; 2014: zehn) sowie Angriffe (2015: 72; 2014: 20). Zusätzlich wurden 48 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien dokumentiert (2014: sechs). Auch Propagandadelikte sind im Vergleich zum Vorjahr gestiegen (2015: 74; 2014: 42). Dazu kommt Sachbeschädigung mit 16 Fällen im Jahr 2015 (2014: drei). Drei Vorfälle wurden bezüglich der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vermerkt, wo die Abgeordneten der NPD rassistische und diskriminierende Äußerungen und Anträge formulierten.



AN_Berlin @AN_Berlin2 · 44 Min.
#AN_Berlin #WolstSilvio Ihr wollt #MaHe in Schutt und Asche legen? #KommtDochWirWartenAufEuch

Nazis drohen im Vorfeld einer antifaschistischen Demonstration mit Gewalt. Screenshot https://twitter.com/AN_Berlin2 vom 21.11.2015

Veranstaltungen

Nicht zu übersehen ist der drastische Anstieg von rechten Veranstaltungen im Bezirk. Im Vergleich zu 2014 wurden im Jahr 2015 acht Mal so viele Veranstaltungen (2015: 83 ; 2014: 10) dokumentiert. Während es im letzten Quartal 2014 noch rassistische »Montagsdemos« mit bis zu tausend Teilnehmer*innen gab, nahm die Teilnehmer*innenzahl im Jahr 2015 im Durchschnitt stark ab. Viele der Veranstaltungen waren kleine Kundgebungen der »Bürgerbewegung M-H« oder NPD mit weniger als 35 Personen oder Informationsstände anderer Parteien.

Im ersten Quartal 2015 fanden noch wöchentlich gut besuchte Versammlungen der »Bürgerbewegung M-H« statt, sogenannte »Montagsdemos«. Die rechte Mobilisierung konzentrierte sich auf Marzahn-Mitte und wurde begleitet von Angriffen, Sachbeschädigungen und Propagandadelikten.

Obwohl die sogenannten »Montagsdemos«, gegen die damals noch im Bau befindliche Asylunterkunft am Blumberger Damm, Ende März deutlich an Zulauf verloren und keine 100 Teilnehmer*innen mehr mobilisieren konnten, setzte sich die Serie von extrem rechten Veranstaltungen fort.

Von der »Bürgerbewegung M-H« wurden, vor allem in Marzahn-Mitte immer wieder Kundgebungen gegen Geflüchtete und Notunterkünfte organisiert. Daran nahm stets ein fester Kern aus organisierten Neonazis teil, sowie gelegentlich rassistische Anwohner*innen. Während dieser Veranstaltungen kam es sehr häufig zu Angriffen und Bedrohungen, die teilweise direkt von den Sammlungsteilnehmer*innen ausgingen.

Kleinere Veranstaltungen, wie Infostände oder Kundgebungen wurden über das ganze Jahr von der NPD organisiert. Der Kreisverband trat mit bis zu 20 Neonazis auf, wobei die personellen Überschneidungen mit der »Bürgerbewegung M-H« sehr deutlich waren.

Die rechtspopulistische Partei »Pro Deutschland« zeigte relativ starke Präsenz in Marzahn-Mitte, vor allem mit der Bewerbung eines Bürgerbegehrens sowie Flugblättern und Aufklebern im Straßenbild.

Propaganda-Vorfälle wurden vor allem in den Marzahner Ortsteilen dokumentiert. Es wurden massenhaft Aufkleber von unterschiedlichen rechten Gruppen verklebt. Auch Schmierereien mit Sprühfarbe im öffentlichen Raum kamen immer wieder vor, sei es auf Hauswänden oder Gehwegen.

Rassistische Angriffe

Die extrem hohe Zahl an Angriffen richtete sich in erster Linie gegen Geflüchtete und andere rassistisch diskriminierte Menschen. Weiterhin waren auch politische Gegner*innen der Neonazis, wie Antifaschist*innen und ehrenamtliche Helfer*innen von Geflüchteten, Ziel von Attacken.

Neben geflüchteten Menschen und ihren Unterkünften wurden auch Institutionen der migrantischen Communities Ziel von Angriffen und Sachbeschädigungen. Mehrfach wurden Lokalitäten der russischsprachigen Gemeinde, wie die russisch-orthodoxe Kirche oder die russische Schule in Marzahn angegriffen.

»Bürgerbewegung Marzahn-Hellersdorf«

Hervorgegangen ist die »Bürgerbewegung M-H« aus der Struktur der »Bürgerinitiative Hellersdorf«, die im Herbst 2013 im Bezirk rassistische Mobilisierungen im Netz und auf der Straße steuerte (Namen änderten sich danach mehrfach, die Struktur blieb gleich). Diese Gruppierung hat Überschneidungen in diverse andere neonazistische Strukturen und zählt lang erfahrene Neonaziaktivist*innen in ihren Reihen.

Die Bürgerbewegung war neben der NPD für die meisten Veranstaltungen im Jahr 2015 verantwortlich. So wurden bis Juli 2015 insgesamt 26 so genannte Montagsdemonstrationen veranstaltet und mindestens 11 weitere Kundgebungen bis zum Jahresende.

Diese Versammlungen begannen im November 2014 und bekamen aufgrund ihrer Größe und dem



„Montagsdemo“ der „Bürgerbewegung“ 13.04.2015 am Blumberger Damm © Presseservice Marzahn-Hellersdorf

gewalttätigen Charakter zeitweise überregionale Medienaufmerksamkeit. Nach dem Ende der Montagsdemos im Juli setzte die Kerngruppe ihre Veranstaltungen – kleinere Kundgebungen – fort. Der Anmelder der »Bürgerbewegung M-H«, R. Uttke, mobilisierte in der Regel relativ kurzfristig über soziale Medien im Internet, sodass die Teilnehmer*innenzahl selten mehr als 40 Personen betrug. Mit sinkender Teilnehmer*innenzahl trugen sie ihre gewaltverherrlichende Ideologie immer offener zur Schau: auf Plakaten wurden eindeutig nationalsozialistische Bezüge hergestellt und unverblümt zu Gewalt aufgerufen.

Rechte und neonazistische Gruppen im Bezirk

Betrachtet man die rechten Aktivitäten im Bezirk seit 2013, so ist die Vielzahl an unterschiedlichen Gruppierungen auffällig. Die neonazistische Szene konnte sich auf Grund ihrer Stärke 2015 weiter ausdifferenzieren. Die bereits erwähnte »Bürgerbewegung M-H« kann weiter als die lokal einflussreichste Gruppe betrachtet werden. Zwar wurden seit 2013 unterschiedliche Namen benutzt, die Kerngruppe ist jedoch gleich geblieben. Sie pflegen engen Kontakt mit der Berliner Neonaziszene und können auch überregional auf rechte Netzwerke und Kontakte zurück greifen.

»Die Rechte« und NPD

Die Übergänge zu anderen neonazistischen Gruppen sind fließend. So war einer der Köpfe der Bürgerbewegung gleichzeitig stellvertretender Landesvorsitzender der Neonazipartei »Die Rechte«. Aber auch die Zusammenarbeit mit der NPD auf

Bezirks- und Landesebene ist sehr stark. So wurden Veranstaltungen gegenseitig unterstützt, Personen der »Bürgerbewegung M-H« traten bei der NPD als Ordner auf und beteiligten sich an Infoständen.

Während die NPD in der BVV eher unscheinbar ist, hatte sie vor allem in Marzahn und Hellersdorf eine auffällig starke Straßenpräsenz im Jahr 2015.

»Wir für Berlin« und »Pro Deutschland«

Eine weitere, vor allem im ersten Quartal 2015 auftretende, Gruppe war »Wir für Berlin & Wir für Deutschland«, hauptsächlich mit kleinen Kundgebungen und Propagandadelikten.

Der Organisator dieser Demonstrationen, E. Stubbe, ist Mitglied bei »Pro Deutschland« und Beisitzer im Bundesvorstand der rechtspopulistischen Partei. Weiter sind hier gute Verbindungen zum Berliner PEGIDA-Ableger BÄR-GIDA vorhanden. Er organisierte in der Innenstadt im März 2016 einen rechten Aufmarsch mit ca. 2000 Personen¹. In Hellersdorf-Nord fand Ostern 2015 ein Treffen neonazistischer Hooligans statt. Diese waren aus der gesamten Bundesrepublik angereist. Das »Kennenlertreffen« war der Versuch des »Bündnis Deutscher Hooligans (B.D.H.)« rechte Hooligans bundesweit zu organisieren, in Anknüpfung an den Erfolg der Hooligans gegen Salafisten (HoGeSa). Es wurde in einer Hellersdorfer Kneipe von E. Schottstädt, der aus dem extrem rechten Hooliganmilieu kommt und sich mit anderen Nazihooligans bei BÄR-GIDA beteiligte.

»III. Weg« und »Autonome Nationalisten«

Auch die Neonaziorganisation »III. Weg« hat Unterstützer*innen im Bezirk, die an einschlägigen Veranstaltungen in der ganzen Republik teilnehmen. Auch hier sind die Überschneidungen zur »Bürgerbewegung M-H« offensichtlich. Neben dem III. Weg traten Neonazis auch unter dem Label »Antikapitalistisches Kollektiv Berlin-Brandenburg« auf, zuletzt mit einem Block im Stil der »Autonomen Nationalisten«.

Der Kreisverband der rechtspopulistische Partei *Alternative für Deutschland* trat in 2015 kaum auf. Jedoch sind die Mitglieder des Kreisverbandes immer wieder als Besucher*innen in der BVV präsent und stellten wiederholt Bürgeranfragen.



„Mahnwache“ der „Bürgerbewegung“ 27.08.2015 Eastgate/S-Marzahn
© Presseservice Marzahn-Hellersdorf

Fazit

Die Zahlen für das Jahr 2015 sind alarmierend, besonders die hohe Anzahl an Angriffen zeigt deutlich, welche erschreckenden Ausmaße rassistische Gewalttaten angenommen haben. Die Zahlen des Berliner Registers müssen dabei immer differenziert betrachtet werden, da sie nur einen bestimmten Teil der tatsächlichen Geschehnisse zeigen und die Dokumentation eindeutig Grenzen hat. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Was die verschiedenen Formen der Angriffe, Diskriminierungen und Bedrohungen für die unterschiedlichen Opfer bedeuten, lässt sich kaum erahnen. Rassistisch motivierte Angriffe kreieren ein Klima der Angst für Migrant*innen, Geflüchtete und Menschen, die als nicht-deutsch-weiße wahrgenommen werden. Die seit 2013 bestehenden Strukturen organisierter Neonazis konnten sich im Jahr 2015 vor allem in Marzahn weiter verankern. Die Strategie, als »besorgte Bürger« aufzutreten und über die übliche Neonaziszene hinaus Netzwerke aufzubauen, war sehr erfolgreich.

Dies ist nur möglich in einem Klima, in dem rassistische Ressentiments und die Abneigung gegen Asylsuchende weit verbreitet sind. Der Rahmen des Sagbaren ist deutlich größer geworden und die Übergänge zwischen rassistischen

»Wutbürgern« und organisierten Neonazis fließend. Gleichzeitig werden die Angriffe zunehmend brutaler. In mehreren Fällen wurden sogar Kinder beleidigt, bedroht und angegriffen, wobei die Gewalttaten am helllichten Tage in der Öffentlichkeit, zum Beispiel auf Spielplätzen, stattfanden.

Dem rassistischen Bündnis von »besorgten Bürgern« und Neonazis muss entschlossen entgegen getreten werden. Es darf nicht bei einer reinen Verteilung des »Rechtsextremismus« bleiben. Dies verschließt die Augen davor, dass Rassismus ein Problem der Mitte ist und nicht auf »extremistische« Randgänger*innen reduziert werden kann. Der Aufschwung für rassistische Einstellungen in Berlin ist in Marzahn-Hellersdorf am deutlichsten zu spüren. Es braucht eine aktive Zivilgesellschaft, die sich entschlossen rassistischer und rechter Gewalt entgegenstellt und sich mit den Opfern solidarisiert.

Anmerkung:

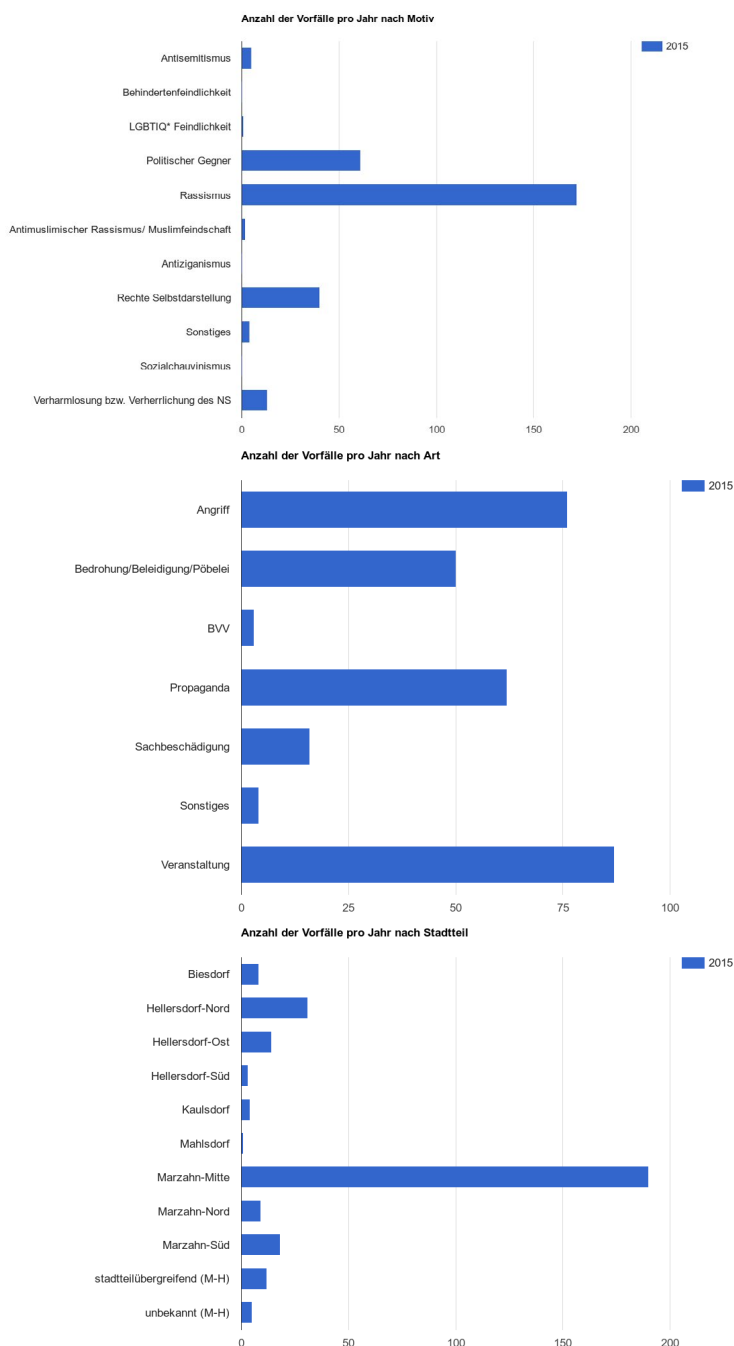
Die Vergleichszahlen zum Jahr 2014 sind der Auswertung des Rechtsextremismus Verzeichnisses von Polis* (bezirkliche Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung am Ort der Vielfalt Marzahn-Hellersdorf der Stiftung SPI) entnommen. In dieses Verzeichnis sind für das Jahr 2014 die Ergebnisse der antifaschistischen Chronik für Marzahn-Hellersdorf² und von ReachOut³ nur unvollständig übernommen worden. Somit muss die Gesamtzahl von 84 Vorfällen für 2014 in Frage gestellt werden, da die Dokumentation Lücken aufweist.

Seit Januar 2015 ist auch die Antirassistische Registerstelle an der Alice Salomon Hochschule Teil des Berliner Registernetzwerks. Die gesammelten Vorfälle sind vollständig im Internet einsehbar⁴.

Von Worten zu Taten: Rassistische Brandstifter

Höhepunkte der rassistischen Gewalt waren zwei versuchte Brandanschläge auf Asylunterkünfte in Marzahn-Mitte. Am 20. August versuchte eine Gruppe von mindestens sieben Neonazis die Containerunterkunft am Blumberger Damm mit Fackeln anzuzünden. Einer der drei festgenommenen Täter ist der Organisator des B.D.H.-Treffens an Ostern 2015, E. Schottstädt., ein einflussreicher Berliner Neonazihooligan. Schottstädt war monatelang bei *BÄRGIDA* eingebunden und ist bei rassistischen Protesten und Naziaufmärschen in ganz Berlin anzutreffen.

Ein weiterer versuchter Brandanschlag fand am 9. September an der gerade eröffneten Notunterkunft am Glambecker Ring statt. Hier hatten Neonazis bereits am Vortag versucht den Einzug der Geflüchteten gewalttätig zu verhindern.



¹ Die völkische Allianz – apabiz 18.03.2016
<http://www.blog.schattenbericht.de/2016/03/die-voelkische-allianz-organisierte-neonazis-und-selbsternannte-besorgte-buergerinnen-demonstrieren-gemeinsam-in-berlin/>

² <https://suburbanhell.org/chronik>
³ <http://www.reachoutberlin.de/>
⁴ <http://berliner-register.de/>

»Lügenpresse«

Anti-Diskriminierungs Referat AStA Alice Salomon Hochschule Berlin

Im Berliner Register sind neben Sachbeschädigungen, Pöbeleien, Beleidigungen, Bedrohungen und körperlichen Angriffen auch rechte Veranstaltungen als eine Form rassistischer Vorfälle aufgelistet. Bei diesen Veranstaltungen werden Redebeiträge gehalten, mit denen rassistisches Gedankengut öffentlich verbreitet wird. Rassismus ist klar als ein fundamentaler Stützpfeiler rechter Ideologie anzusehen - Akteur*innen sind nicht nur Gruppierungen der Neonazis und rechten Hooligans, sondern auch Zusammenschlüsse von rassistischen Anwohner*innen. Rechte Tendenzen sind keine Randerscheinungen. Schulsozialarbeiter*innen aus Marzahn-Hellersdorf erzählen von rechtsexremen Alltagssituationen an ihren Arbeitsplätzen: rechte Demo-Sprüche werden auf dem Schulhof gerufen, nach den wöchentlichen rechten Aufmärschen sind plötzlich Köpfe kahlgeschoren, rassistische Dialoge aus dem neuesten Hitler-Parodie-Film »Er ist wieder da« werden zitiert. Rassismus ist demzufolge nicht als ein Phänomen der rechten Szene, sondern als ein Problem in der Mitte der Gesellschaft anzusehen.

Hier in Berlin stieg die Anzahl rechter Veranstaltungen seit Herbst 2014 deutlich an. Dabei ist der Zuwachs in Marzahn-Hellersdorf besonders markant. Im letzten Jahr wurden vom antirassisti-

schen Register 72 Veranstaltungen im Bezirk aufgezeichnet. Die Zahl der Teilnehmenden sank im Vergleich zum Vorjahr, jedoch blieb die Kontinuität der rechten Aufmärsche erhalten. Diese sind geprägt von einem aggressiven Klima gegenüber den Journalist*innen und Gegendemonstrant*innen, welches sich auch auf die Dokumentations- und Pressearbeit negativ auswirkt. Regelmäßig wurde von Seiten der Neonazis oder alkoholisierten Hooligans auf aggressive Weise versucht, die Pressearbeit zu verhindern. Die Angriffe waren nur möglich, weil die Berliner Polizei den notwendigen Schutz für die Journalist*innen verweigerte. Die Polizei forderte die Presse auf, sich von den Veranstaltungen fernzuhalten. Daher ist es für die Neonazis möglich, organisiert oder spontan die spärlichen Journalist*innen aus nächster Nähe zu fotografieren, mit Taschenlampen zu blenden oder körperlich und verbal anzugreifen. Die Berliner Polizei begründet ihre Passivität mit der Aussage, dass Personenschutz für Journalist*innen nicht ihre Aufgabe sei. Beamt*innen vor Ort sprechen von einer »deeskalativen Taktik«, die Straftaten erst im Nachhinein ahnden will. Die Konsequenz daraus zeigt sich in der weitgehenden Abwesenheit von Pressevertreter*innen an den rechten Aufmärschen in Marzahn-Hellersdorf. Das heißt auch, dass über diesen Rassismus in den Tagesmedien nicht ausführlich berichtet werden kann.

Um gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus vorzugehen, ist eine genaue Analyse und Dokumentation der rechten Szene unverzichtbar. Durch das Festhalten rechtsextremer Handlungen und Alltagskultur wird ein umfassendes Bild ihrer Strukturen und Ideologien in unserer Gesellschaft gezeichnet. Mittels dieser Dokumentationsarbeit können Interventionen gegen rechtes Gedankengut besser entwickelt werden. Nur so kann die Gefahr, die von rassistischer Hetze ausgeht, sichtbar gemacht werden und dem Vergessen gesellschaftlicher Missstände entgegengearbeitet werden.

ACHTUNG Antifa Fotografen



Neonazis verbreiten Steckbrief von vermeintlichen linken Journalist*innen mit Gewaltaufruf
Quelle: Störungsmelder Blog zeit-online 21.11.2014



Hetze gegen Journalist*innen
Screenshot Facebook Bürgerbewegung Marzahn

Die Instrumentalisierung sexualisierter Gewalt durch Neonazis

oder warum diese perfide
Strategie auch gut in
Marzahn-Hellersdorf
funktioniert.



» Über beide Phänomene, weder über den alltäglichen Rassismus noch über die Normalität sexualisierter Gewalt in unserer Gesellschaft wird gerne gesprochen «



Betrachten wir zwei Tatsachen:

1. Die Zahl der rechtsextremen Übergriffe und Vorfälle in Marzahn-Hellersdorf war schon immer hoch und ist 2015 auf 298 gestiegen (vgl. die aktuellen Zahlen in der vorliegenden Publikation). Rassistische Übergriffe und Gewalt gegenüber Geflüchteten sind in diesem Bezirk fast alltäglich geworden.
2. Jede siebte Frau* erlebt in der Zeit von ihrem 14. bis 65. Lebensjahr mindestens einmal sexualisierte Gewalt, die den Straftatbestand einer Vergewaltigung oder sexuellen Nötigung erfüllt. Vergewaltigung gilt darüber hinaus leider immer noch als ein in der Regel ungesühntes Verbrechen. D.h. auch die Struktur der sexualisierten Gewalt gehört zu dem Alltag vieler Frauen* (und Kinder) in Marzahn-Hellersdorf.

Über beide Phänomene, weder über den alltäglichen Rassismus noch über die Normalität sexualisierter Gewalt in unserer Gesellschaft wird gerne gesprochen – auch nicht in Marzahn-Hellersdorf.

Zusätzlich erschwerend kommt hinzu, dass rechtsextreme Strukturen im Bezirk fest verankert waren und sind. Den Neonazis ist es gelungen, an den vorhandenen Alltagsrassismus »besorgter Bürger*innen« anzuschließen.

Wie überaus gefährlich diese Melange werden kann, hat unlängst der Fall »Elena« bewiesen

(vgl. Netz-gegen-Nazis <http://www.netz-gegen-nazis.de/dokument/19012016-presseschau-10829>):

Im Januar 2016 wird im Bezirk eine Anzeige wegen Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens gemacht. Schnell werden mögliche Täter unter Geflüchteten ausgemacht, der NPD gelingt es diesen Fall zu instrumentalisieren und eine öffentliche Veranstaltung zum »Schutz unserer Frauen« zu organisieren. Hier und auch in den sozialen Netzwerken wird rassistisch gegen Geflüchtete gehetzt. Es folgen Stellungnahmen von Polizei und Staatsanwaltschaft, dass es bei dem Fall nicht um eine Vergewaltigung gehe und dass auch keine geflüchteten Männer beteiligt gewesen seien.

Ungeachtet dessen gelingt es den Neonazis weiterhin ihre rassistische Hetze zu betreiben. Zudem schaltet sich der russische Außenminister ein. Angesichts der schnellen Mobilisierung vor Ort aber auch das Aufgreifen des Falls durch die russische Außenpolitik wird deutlich, dass völkische Konstruktionen über den Schutz »unserer Frauen« vor »fremden Männern« nicht nur im deutschen Rechtsextremismus zu finden sind, sondern sehr anschlussfähig sind.

Es geht den Neonazis nicht darum, Frauen* in ihrem Kampf gegen sexualisierte, patriarchale Gewalt zu unterstützen. So steht die Situation des Mädchens, ihre Befindlichkeit und ihre Persönlichkeitsrechte zu keiner Zeit im Mittelpunkt. Rechtsextremen geht es darum, »deutsche« Frauen (innerhalb der rechtsextremen Volksgemeinschaftsideologie) von »deutschen Männern« beschützen zu lassen. Innerhalb dieser Konstruktion bleibt die Frau* passiv und der Mann wird zum aktiven Beschützer und Wächter. Neonazis geht es vielmehr darum, auf ihre Propaganda hinzuweisen, ihre Themen zu setzen.

Insbesondere die Alltäglichkeit von sexualisierter Gewalt führt zu einem dazu, dass viele Frauen* und Mädchen reale Ängste und Unsicherheiten haben, andererseits führt der Fakt, dass die Täter in den meisten Fällen nach wie vor aus dem sozialen Nahraum oder gar der Familie kommen dazu, dass das Erlebte nicht erzählt oder verarbeitet werden kann. Eine mögliche Strategie kann hier die Externalisierung in Form von Ethnisierung sein.

Das Thema der sexualisierten Gewalt erweist sich als besonders gut instrumentalisierbar durch Neonazis. Zusätzlich können Rechtsextreme auf weit verbreitete, gut eingeschriebene, kolonialisierte Bilder über die Gefahr durch »fremde Männer« zurückgreifen.

Zentral ist es, beide Phänomene – der alltägliche Rassismus und die Gewalt gegenüber Geflüchteten einerseits UND die sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen* zu benennen und sich entschieden dagegen zu positionieren.

Prof. Dr. Esther Lehnert

Professorin für Geschichte, Theorie und

Praxis der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt

Rechtsextremismus Alice Salomon Hochschule Berlin

»Eine Gesamtstrategie – Wie gehen wir um mit organisierten Neonazis im Bezirk? – die gibt es leider nicht.«



15.04.2015 Russisch orthodoxe Kirche Allee der Kosmonauten
Gemeinde erhält rassistische Drohbriefe. Die Täter drohen die Kirche anzuzünden.
Eine Woche zuvor wurde der Briefkasten gesprengt.
© Antirassistische Registerstelle ASH

Diese Aussage eine*r Gesprächspartner*in im Rahmen eines Forschungsprojekts an der Alice Salomon Hochschule Berlin (ASH)¹ fasst ein Dilemma zusammen, das sich exemplarisch 2013/2014 im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Einrichtung der Asylunterkunft in der Carola-Neher-/Maxie-Wander-Straße herauskristallisiert hat:

Auf der einen Seite besteht bei allen interviewten Akteur*innen² Einigkeit darin, dass das Zusammenrücken und stellenweise geschlossene Auftreten der demokratischen Kräfte in der Parteienlandschaft nach der aus dem Ruder gelaufenen Einwohner*innenversammlung am 9. Juli 2013 eine wichtige und richtige Strategie gewesen sei: »Wir machen das gemeinsam – Das war das richtige Signal nach außen«. Auch das Zusammenspiel der parlamentarischen und der außerparlamentarischen, demokratisch-zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wird positiv und ebenfalls als gelungene Strategie gewürdigt. Zumal vor dem Hintergrund, dass im Sommer 2013 der Bundestagswahlkampf tobte, den extrem rechte und rechtspopulistische Parteien gezielt für ihre rassistischen Mobilisierungen gegen geplante Unterkünfte für asylsuchende und geflüchtete Menschen sowie gegen die Asyl- und Flüchtlingspolitik insgesamt nutzten. Ein Problem, das sich aktuell mit Blick auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen im Herbst 2016 in Berlin sicherlich wieder stellen wird.

Auf der anderen Seite berichten viele der interviewten Akteur*innen, dass sie sich nicht angemessen in ihrem Engagement unterstützt fühlen, Bedrohungssituationen gegen Geflüchtete sowie ihre Unterstützer*innen von der Politik nicht ernst genug genommen würden. Sie sehen in der offiziellen Darstellung von Teilen des Bezirksamts, die Auseinandersetzungen rund um die Carola-Neher-/Maxie-Wander-Straße als einen *Rechts-Links*-Konflikt interpretieren, auch problematische Aspekte hinsichtlich einer wertschätzenden Zusammenarbeit der verschiedenen Initiativen im Bezirk. Insbesondere die (Recherche-)Aktivitäten von lokalen antifaschistischen Gruppen seien zu wenig von offizieller Seite gewürdigt worden. Diese seien jedoch für die öffentliche Gegenbewegung

und Aufklärung sowie die gelungene Isolierung der organisierten Neonaziszene von den unorganisierten Anwohner*innen durch das gemeinsame Auftreten aller demokratischen Akteur*innen zentral gewesen. Zudem wird bedauert, dass es über die anfänglichen richtigen Signale hinaus (»Wir machen das gemeinsam«) keine offensive gemeinsame Handlungsstrategie gebe.

Dies sind Aussagen und Einschätzungen aus dem Jahr 2014, die stark geprägt sind von der als Zäsur empfundenen Auseinandersetzung in der Carola-Neher-/Maxie-Wander-Straße.

Inzwischen schreiben wir das Jahr 2016: In Marzahn-Hellersdorf sind zahlreiche weitere Gemeinschafts- und Notunterkünfte für asylsuchende und geflüchtete Menschen entstanden – und von der Bevölkerung im Bezirk gibt es, wie andernorts auch, eine erhöhte solidarische und ehrenamtliche Unterstützungsbereitschaft; verschiedene lokale Willkommensinitiativen sind entstanden, das Bezirksamts hat im Oktober 2015 eine neue Stelle für einen bezirklichen Beauftragten für Flüchtlingsfragen geschaffen. **Gleichzeitig hat sich die Zahl der in Marzahn-Hellersdorf registrierten extrem rechts und rassistisch motivierten Vorfälle im vergangenen Jahr verdreifacht** – so die am 8. März vom bezirklichen Register der Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung Polis* veröffentlichten Zahlen für das Jahr 2015. Die registrierten Fälle des antirassistischen Registers an der ASH liegen erfahrungsgemäß sogar noch darüber. Die aktuellen Zahlen und Entwicklungen sind besorgniserregend. So weit, so schlecht.

Ist mit Blick auf die aktuellen Zahlen aber gleichzeitig auch ein »So weit, so gut« denkbar? Schließlich empfinden alle in dem Feld tätigen Akteur*innen und politisch Verantwortlichen diese Entwicklungen als besorgniserregend. Diese Einigkeit könnte eine solide Ausgangsbasis bieten, sich differenziert den bezirklichen und gesellschaftlichen Herausforderungen gemeinsam zu stellen und alle vorhanden demokratischen, zivilgesellschaftlichen Kräfte und Expertisen wirksamer als bisher zu bündeln. Für die (Weiter-)Entwicklung einer bislang von einigen Akteur*innen vermissten Gesamtstrategie lohnt der Blick über den bezirklichen Tellerrand in benachbarte Bezirke. Trotz bestehender sozialräumlicher Unterschiede zwischen den Bezirken, sind bestimmte Aspekte möglicherweise übertragbar auf die Situation in Marzahn-Hellersdorf.

Neben Marzahn-Hellersdorf sind Pankow, Treptow-Köpenick und Lichtenberg die Bezirke mit den meisten rassistisch motivierten Straftaten. Lichtenberg – und hier insbesondere der Weitlingkiez – galt in den 1990er Jahren als Hochburg der organisierten Neonaziszene, die sich in den 2000er Jahren u.a. in Oberschöneweide (Treptow-Köpenick) konzentriert hat. Beides sind Bezirke, die immer noch ein massives Problem mit rechter und rassistischer Gewalt haben – auch mit rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete, mitgetragen von Anwohner*innen. »Doch eine Allianz aus Zivilgesellschaft, Lokalpolitikern und Vermietern hat die Straßen wieder für sich erobert«, wie Martin Schwarzbeck in der zitty schreibt³. Sowohl in Lichtenberg als auch in Treptow-Köpenick hat sich die Lokalpolitik seit vielen Jahren – gemeinsam mit bürgerlichen und antifaschistischen Initiativen sowie den jeweiligen unabhängigen Registerstellen und einschlägigen Beratungseinrichtungen – offensiv gegen Neonazis und rassistische Mobilisierungen positioniert. Hier sehen einige der interviewten Akteur*innen noch ausbaufähiges Potenzial für Marzahn-Hellersdorf. Womöglich trägt eine derartige bezirkliche Gesamtstrategie – ergänzend zu den dort positiven Aspekten von Gentrifizierungsprozessen – zu einem sozialräumlichen Klima bei, das u.a. dazu führt, dass es z.B. in Treptow-Köpenick weniger Angriffe auf Geflüchtete gibt als in Marzahn-Hellersdorf. Hier treten auch die »Nein-zum-Heim«-Vertreter*innen wesentlich aggressiver und selbstbewusster auf als im Nachbarbezirk. Gelingt es in naher Zukunft auch in Marzahn-Hellersdorf deutlicher als bisher eine solche Allianz zu bilden, könnte sich der Bezirk in die Gesellschaft dieser good-practice-Beispiele aus Lichtenberg und Treptow-Köpenick einreihen – und die Betroffenen wären ihrem Wunsch, sich möglichst angstfrei und willkommen in ihrem Lebensalltag bewegen zu können, einen Schritt näher.

Elène Misbach, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin

¹ Das Projekt »Stärkung zivilgesellschaftlicher Ressourcen in Marzahn-Hellersdorf als Beitrag sozialräumlicher Demokratieentwicklung« lief von Januar 2014 bis Januar 2015 als Kooperationsprojekt zwischen der ASH und dem Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf. Der Abschlussbericht enthält zahlreiche Ausschnitte aus den insgesamt 26 geführten Interviews mit Akteur*innen aus der Sozialen Arbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kommunalpolitik und Bezirksamt, Stadtteilzentren und Gemeinwesenarbeit sowie lokalen Vereinen und Initiativen: Arlen Bever, Michael Brodowski, Vera Henßler, Elène Misbach, Heinz Stapf-Finé (Hg.): Sozialräumliche

Demokratieentwicklung. Das Beispiel Marzahn-Hellersdorf. Sozialwissenschaftliche Forschungswerkstatt, Bd 2, Logos Berlin, 2015.

² Die Interviews wurden größtenteils von Mai bis August 2014 durchgeführt; einzelne Gespräche haben nach der Bekanntgabe des neuen Standorts der Containerunterkunft am Blumberger Damm in Marzahn-Mitte im Oktober 2014 stattgefunden.

³ Martin Schwarzbeck: Marzahn-Hellersdorf. Die Rechte Gewalt in Berlin eskaliert: www.zitty.de/die-rechte-gewalt-in-berlin-eskaliert/, 20. Februar 2016.

Rassismus als Menschenrechtsverletzung

Prof. Dr. Nivedita Prasad; Studiengangsleitung:
MA: Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession (MRMA)
Alice Salomon Hochschule Berlin

Das UN-Menschenrechtssystem bietet diverse Schutzmöglichkeiten für von rassistischer Diskriminierung betroffene Menschen. So stellt nahezu jede Konvention zu Beginn klar, dass alle in der Konvention verbrieften Rechte allen Menschen ohne Unterscheidung auf Grund Hautfarbe/Herkunft, Religion, Sprache etc. zustehen müssen. Das stärkste Menschenrechtsinstrument ist jedoch die Internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von rassistischer¹ Diskriminierung, (CERD), die einen umfassenden Schutz vor den verschiedenen Formen rassistischer Diskriminierung bietet und erstmalig Rassismus 1965 auf UN-Ebene definierte als

»jede auf der Rasse, der Hautfarbe, der Abstammung, dem nationalen Ursprung oder dem Volkstum beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass dadurch ein gleichberechtigtes Anerkennen, Genießen oder Ausüben von Menschenrechten und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen oder jedem sonstigen Bereich des öffentlichen Lebens vereitelt oder beeinträchtigt wird« (Artikel 1 CERD).

Diese Definition verdeutlicht, dass hier auch Formen von Rassismus abgedeckt werden, die als »alltäglichen, institutionellen und/oder strukturellen Rassismus bezeichnet werden.«²

Der CERD-Ausschuss – der weltweit die Umsetzung dieser Konvention überwacht - machte 2015 in Bezug auf Deutschland deutlich, dass alleine der Begriff Rassismus in der hiesigen Debatte inkorrekt verwendet wird. So weist er darauf hin, dass er die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit Rechts extremismus und Neonazismus anerkennt, jedoch besorgt darüber ist, dass die Verwendung dieser Bezeichnungen, um den weiter gefassten Begriff der rassistischen Diskriminierung zu erfassen, problematisch ist, ebenso die Verwendung der Terminologie »Fremdenfeindlichkeit« (CERD 2015: Randnote 7).

Indirekte Diskriminierung

Wichtig ist, dass der CERD-Ausschuss nicht nur die beabsichtigte, sondern auch die unbeabsichtigte bzw. indirekte Diskriminierung problematisiert. Hierbei geht es um scheinbar neutrale Kriterien, die aber de-facto eine Gruppe überproportional betreffen. Dies kann zum Beispiel der Fall sein, wenn muttersprachliche Deutschkenntnisse oder Haarfarbe Voraussetzungen für eine Bewerbung sind.

Staatliche Verpflichtungen gegen Rassismus

Neben dem Verbot von rassistischen Handlungen und Gesetzen auf allen Ebenen werden Staaten verpflichtet, Betroffenen von rassistischer Diskriminierung einen effektiven Rechtsschutz zu bieten; d.h. sie adäquat (juristisch) zu schützen und gegebenenfalls zu entschädigen. Auch werden Staaten verpflichtet Sensibilisierungsmaßnahmen gegen rassistische Diskriminierung zu forcieren spricht sich für positive Maßnahmen – also z.B. Quotenregelungen – aus, um eine Gleichberechtigung zwischen People of Color und Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen. Während die gesetzgeberischen Maßnahmen natürlich auf der Bundesebene zu verorten sind, sind gerade Maßnahmen des effektiven Rechtsschutzes und der Sensibilisierung auch auf

lokaler Ebene und damit auch im Bezirk umsetzbar.

Sorge des CERD-Ausschusses bezüglich Rassismus in Deutschland

Zur Überwachung der Umsetzung der Konvention gehört es auch, dass der CERD-Ausschuss regelmäßig im Rahmen des Berichtsverfahrens jeden Staat überprüft. Deutschland unterlag 2015 zuletzt dieser Überprüfung. Das Ergebnis macht sichtbar, dass hier deutlicher Handlungsbedarf sowohl auf nationaler, als auch lokaler Ebene besteht. So ist der Ausschuss u.a. besorgt über Racial Profiling, Diskriminierung und Segregation im Wohnungswesen und Hindernisse beim Zugang zu Bildung und zum Erwerbsleben. In Bezug auf Asylsuchende fordert der Ausschuss die Bundesregierung u.a. auf, besondere Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes von Asylsuchenden vor rassistischer Gewalt zu verabschieden, dafür zu sorgen, dass Asylsuchende ihre Rechte auf Bildung und Gesundheitsvorsorge uneingeschränkt wahrnehmen können; die Fortsetzung von Sensibilisierungskampagnen und die Förderung von Toleranz und Verständnis zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Asylsuchenden (CERD 2015: Randnote 18). Viele dieser Maßnahmen betreffen die bezirkliche Ebene.

Es wird deutlich, dass die Lücken im Schutz vor rassistischer Diskriminierung in Deutschland auch die Aufmerksamkeit der UNO erreicht haben. Die Bundesregierung hat sich völkerrechtlich verpflichtet, CERD umzusetzen. Damit ist der Kampf gegen alle Formen von Rassismus keine Frage des Beliebens, sondern einer völkerrechtlichen Verpflichtung und der Schutz vor Rassismus ein Menschenrecht, das alle in Deutschland lebende Menschen haben und gegebenenfalls auch einklagen können.

Literatur:

Cremer, Hendrik 2008: »...und welcher Rasse gehören Sie an?« Zur Problematik des Begriffs "Rasse" in der Gesetzgebung, Deutsches Institut für Menschenrechte, Policy Paper No. 10, Berlin;
CERD 2015: Concluding observations on the combined nineteenth to twenty-second periodic reports of Germany CERD/C/DEU/CO/19-22;
Kilomba, Grada 2008: Plantation Memories, Unrast Verlag;
Rommelspacher, Birgit 2009: was ist eigentlich Rassismus? In: Claus Melter und Paul Mecheril (Hg). Rassismuskritik, Rassismustheorie und -forschung Schwalbach: Wochenschau S.25-38

¹ __Zwar spricht die offizielle deutsche Übersetzung von »Rassendiskriminierung«, jedoch ist es ein Widerspruch, sich in einer Konvention gegen rassistische Diskriminierung der »Rassenkonstruktion zu bedienen, weshalb hier im weiteren Verlauf von rassistischer

Diskriminierung die Rede sein wird, es sei denn, es handelt sich um ein direktes Zitat.« Zur Verwendung des Begriffs »Rasse« siehe auch: Cremer 2008

² __Siehe hierzu beispielhaft Kilomba 2008 und Rommelspacher 2009

Ausstellung

»Rassismus und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf«



In der Ausstellung »Rassismus und rechte Gewalt in Marzahn-Hellersdorf« sollen die Ergebnisse des Antirassistischen Registers zu rechter und rassistischer Gewalt im Bezirk aufgearbeitet werden. Dabei sollen Vorfälle, Tatorte und Hintergründe aus dem Jahr 2015 aufgezeigt und Perspektiven Betroffener wiedergespiegelt werden. Die Antirassistische Registerstelle an der ASH ist seit Januar 2015 Teil des Netzwerks des Berliner Registers zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle in Berlin. Sie dokumentiert rassistisch, antisemitisch, LGBTQI*-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem, rechtspopulistisch und andere diskriminierend motivierte Vorfälle, die sich in Marzahn-Hellersdorf ereignen. Diese Vorfälle werden von Einzelpersonen und Initiativen gemeldet und an die Registerstelle weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und in einer Chronik im Internet veröffentlicht.

Kontakt und Anfragen an arreg@ash-berlin.eu

Antirassismusworkshops

zu Rassismus, Flucht & Asyl in Marzahn-Hellersdorf

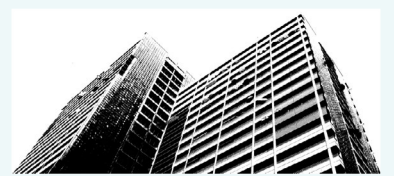
Wir sind eine Gruppe von angehenden Sozialarbeiter*innen der Alice Salomon Hochschule Berlin, die auf Anfrage Antirassismus-Workshops an Schulen und anderen Einrichtungen im Bezirk Marzahn-Hellersdorf anbieten. Wir versuchen theoretische und praktische Inputs in Form von Beiträgen, interaktiven Gruppenarbeiten, Diskussionen und Spielen zu verbinden. Je nach Absprache, werden die Workshops flexibel gestaltet und individuell auf die Gruppen abgestimmt. Durch das Thematisieren von Rassismus, Flucht und Asyl in Kombination mit Selbstreflexion soll ein Sensibilisierungsprozess angeregt und mehr Verständnis für u.a. die Situation von Geflüchteten entwickelt werden.



Für Anfragen und mehr Informationen schreiben Sie uns: schulworkshop@gmx.de



ANTIRASSISTISCHE
REGISTERSTELLE
MARZAHN-HELLERSDORF
ASH BERLIN



ARBEITSKREIS  **RECHTE GEWALT**